

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Bezugspreise:
Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Oesterreich 4,42 K.
Ausgabe B nur mit Feierabend-Beilage 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M.; in Oesterreich 4,02 K. — Einzel-Nr. 10 J. Reichhaltige-Sonntagsbeilage: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Rücksende eingekaufter Scheinbeilagen macht sich die Redaktion nicht verbindlich; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Brieflichen Anfragen ist Kostensporto beizufügen.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 12 Uhr.
Preis für die Petit-Spaltzeile 20 J., im Restamt 60 J.
Für unendlich gelieferte, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Geschäftsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmidtstraße 48

Nr. 231 Fernsprecher 1366 Mittwoch, den 9. Oktober 1912 Fernsprecher 1366 11. Jahrg.



Pelzwaren
vom einfachsten bis feinsten Genre
PAUL HEINZE
Spezial-Pelzwaren- und Mützensgeschäft
Dresden-A., Ringstraße 26
unweit Ecke Viktorianstraße, gegenüber der Landständischen Bank
Reparaturen und Neuanfertigungen
Fernspr. 5079

Das Verdikt des Evangelischen Bundes.

Die Jubelversammlung des Evangelischen Bundes in Saarbrücken hat am Sonnabend ihr Verdikt über den Jesuitenorden gesprochen. Professor Dr. Ertmann-Logau ließ sich in seinem Referat über die geistliche Regelung der Jesuitenfrage und die Abwehr des Jesuitismus kein Mittel entgehen, um den „Furor protestanticus“ gegen die Jesuiten in seinen tiefsten Tiefen aufzuwühlen. Entrüstet wies er darauf hin, daß das Zentrum und seine Organe wie der Marianische Kongreß (1) die Jesuiten gerade in Deutschland deswegen wieder einführen wollten, weil Deutschland die Sieges- und Hauptmacht des Protestantismus sei. Der Staat aber, der seine Schulen den Jesuiten auslieferen begehe Selbstmord, es bleibe ewig wahr, daß die Jesuiten am Ende immer nur die Führer der Revolution wären, und es sei darum gut, unser Vaterland vor dieser Landplage zu schützen. Es fehlte denn auch nicht an Einmütigkeit bei Annahme der Resolution, in welcher der „Evangelische Bund“ im Namen seiner fast 500 000 Mitglieder wider die beim Bundesrat und Reichstag eingebrachten Anträge auf Abschwächung und Aufhebung des „Reichsjesuitengesetzes“ Widerspruch erhebt.

Wir hatten vom Evangelischen Bund nichts anderes erwartet; wir haben auch niemals gehofft, daß er mit weniger Gehässigkeit und größerer Sachlichkeit die Jesuitenfrage behandeln würde. Der Bund ist längst als Hegeverein bekannt, der seine Hauptaufgabe darin erblickt, gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen zu kämpfen. Es ist ein Streich gegen die katholische Kirche und das katholische deutsche Volk, wenn diese Hegeorganisation in solch freiverer Weise für die Aufrechterhaltung des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten eintritt. Wir Katholiken fordern den Fall dieses Gesetzes und müssen ihn fordern, nicht weil es sich um Jesuiten handelt — das kommt erst in zweiter Linie in Betracht — sondern weil das Jesuitengesetz eine Verkümmern der göttlichen Rechte der Kirche bedeutet, deren freie Entfaltung und Betätigung kein Staat zu bestimmen das Recht hat. Gegen den Protest der 500 000 verhegten Mitglieder des Evangelischen Bundes verlangen 20 Millionen deutscher Katholiken mit mindestens derselben Einmütigkeit die Anerkennung der Rechte ihrer Kirche und die Zulassung des Jesuitenordens.

Der Evangelische Bund stellt noch lange nicht das evangelische Deutschland dar; im Gegenteil, in den Reihen der

evangelischen Deutschen mehren sich die Stimmen, die in objektiver Würdigung der Verhältnisse mit den Katholiken die Zulassung der Jesuiten in Deutschland verlangen, die eingesehen haben, daß das Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten noch lange nicht deshalb zu Recht besteht, weil es auf regulärem Wege zustande gekommen ist und die nicht mit einstimmigen Willen in das Gesetz: „Wir haben ein Gesetz, und nach diesem Gesetz muß er sterben.“ Die „Deutsche Tageszeitung“, die doch jedenfalls nicht im Verdacht ist, evangelische Interessen nicht entschieden zu vertreten, schreibt noch in ihrer Montagsnummer vom 7. Oktober in einer Vorbemerkung zu einem Artikel eines evangelischen deutschen v. Brangell über das Jesuitengesetz: „Unserer Ansicht ist die Meinung, daß es im Deutschen Reich Lehren und Organisationen gibt, die sehr viel gefährlicher und zerstörerischer wirken, als die jesuitischen. Selbst wenn alles wahr wäre, was den Jüngern Popolus mit leicht durchschaubarer Absicht zu Unrecht angehängt wird. Nicht nur der Staat, sondern auch die evangelische Kirche hätte alle Ursache, das Wesen dieser glimmenden Feinde für unser Volksleben zu erkunden und aus der gewonnenen Erkenntnis die nötigen Schlüsse zu ziehen.“ Der Verfasser des Artikels selbst, Wirklicher Staatsrat a. D. v. Brangell, betont, daß es sich jetzt in Deutschland um die politische Frage handle: „Wird das Deutsche Reich in seiner Stellung nach innen und außen geschädigt oder gefördert durch die Beibehaltung der Ausnahmengesetze? Wird das deutsche Volk in seinen sittlichen Werten gefördert oder gefährdet durch Zulassung der Jesuiten in Schule und Seelsorge? ... Von den Katholiken Deutschlands werden diese Ausnahmengesetze schmerzlich empfunden und nehmen dem Deutschen Reich den Charakter des paritätischen Staates, lassen ihn anti-katholisch erscheinen ... Sind nicht die wirklichen Gefahren der Jetztzeit im Schwinden jeglicher Ehrfurcht, in der Herrschaft des rohesten Materialismus, der die Verführung leiblicher Genüsse als einzigen Lebenszweck ansieht, zu suchen? Und sind nicht im Kampfe gegen diese wirklichen Uebel die Jesuiten mit ihren vorzüglich geleiteten Schulen und ihrer Anpassungsfähigkeit an die Forderungen der Zeit erwünschte Bundesgenossen? ... In geistige Fesseln schlagen läßt sich die europäische Menschheit nicht mehr, dagegen droht ihr wohl die Gefahr, in geistige Unlesartigkeit zu verfallen. Die Zulassung der Jesuiten ins Deutsche Reich wäre nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch ein wirksames Mittel, um dieser drohenden Gefahr zu steuern.“

Wir sind überzeugt, daß die mutigen und ehrlichen Worte eines evangelischen Deutschen, die ein gewiß unverdächtigtes evangelisches Organ zum Ausdruck brachte, in den Herzen tausender Evangelischer ein zustimmendes Echo finden werden. Die Zeiten sind wahrlich zu ernst, um die konfessionellen Zwistigkeiten in den Vordergrund des Kampfes zu drängen, wie es der Evangelische Bund andeutend berücklicht tut. Wir hegen die Hoffnung, daß der

Bundesrat auf die Stimmen des katholischen Deutschlands und eines sehr großen Teiles auch der evangelischen Bevölkerung mehr Gewicht legen wird, als auf die aus konfessionellem Haß geborene Resolution des Evangelischen Bundes. Die Störer des konfessionellen Friedens sind wahrlich nicht die Jesuiten, sondern jene Leute, die unter dem Vorwand der Wahrung des konfessionellen Friedens durch giftige Geb- und Schmähreden den großen Volksteil anderer Konfession auf das Empfindlichste beleidigen.

Das Jesuitengesetz ist ein Ausnahmengesetz, weil es gegen das Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 und das Reichsgesetz über die Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 verstößt, zudem verlegt es den allgemeinen Satz der Verfassung, daß die Kirchengesellschaften ihre Angelegenheiten selbstständig zu verwalten haben. „Der Jesuitenorden gefährdet nach mehrfunderjähriger Erfahrung der Geschichte, nach seinem Zweck, zum mindesten nach der tatsächlichen Pflege seiner Ordensstätigkeit diese Interessen (d. h. den religiösen Frieden, die Parität und den Schutz der Staatsbürger gegen Verkümmern ihrer Rechte durch geistige Gewalt). Man weise nach, daß dies nicht der Fall sei.“ So sagte auf der Versammlung des Bundes Herr v. Campe. — Nicht so, Herr v. Campe! Beweisen Sie zunächst Ihre Anklage! Das ist bisher weder Ihnen noch einem Ihrer Gesinnungsgenossen gelungen. Es ist wirklich billig und leicht, mit generellen Anschuldigungen einen ganzen Stand zu verächtigen und bei urteillosen Menschen verfaßt zu machen. Gerechtfertigt ist das nicht!

8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften

Dresden, den 7. Oktober 1912.

Bei der heutigen Tagung des Kongresses wurden eine Reihe von Begrüßungsansprachen gehalten. Als Vertreter des Reichskanzlers ergreift Geheimrat Siffart das Wort: Im Namen des Reichskanzlers habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen. Die Entsendung eines Vertreters zu Ihrem Kongresse mag Ihnen ein Beweis sein, welche lebhaften Anteil die Reichsregierung an Ihren Beratungen nimmt. Sie will mit der Arbeiterkraft dauernde Fühlung unterhalten, um sich hierdurch unmittelbar über die Bedürfnisse und Bestrebungen der Arbeiter fortgesetzt zu unterrichten. Daß in Ihren Gewerkschaften die beiden Konfessionen Hand in Hand mit einander gehen, kann Ihren Bestrebungen nur förderlich sein und erachtet geeignet, innerhalb der Arbeiterkraft einen verböhnenden Einfluß auszuüben. Mögen Ihre Verhandlungen vom Geiste der Gesinnung und der Veröhnlichkeit, der Vaterlandsliebe und des Christentums getragen sein, dann werden sie zu einer gedeihlichen Weiterentwicklung Ihrer Bestrebungen beitragen und den Arbeitern zum Heile gereichen. In diesem Sinne wünscht die Reichsregierung Ihren Arbeiten besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Geheimer Rat Schlippe: Auch die sächsische Regierung nimmt an den Arbeiten Ihres Kongresses den leb-

Der Orient und Deutschland.

Von Ottomar Schuchardt.

Entwickelte sich aus dem „bischen Herzegowina“ 1875 der große russisch-türkische Krieg, so liegt der Schluß nahe, daß die Feuer, die jetzt an allen Ecken und Enden der Balkanhalbinsel empor flackern, einen noch weit verheerenderen Brand hervorrufen werden.

Diese Voraussicht sowohl, wie andererseits die Erkenntnis, daß man heute bei uns den Dingen im Südosten nicht weniger gleichgültig und nicht weniger ratlos gegenüber steht, wie in den siebziger Jahren, zwingt mir die Feder in die Hand und drängt mich, alte Wahrheiten auf neue dem ernsten und denkenden Teile unseres Volkes vor Augen zu führen.

Seit Jahrzehnten schon vertrete ich den Standpunkt, daß die orientalische Frage eine deutsche Angelegenheit ist und daß die Lösung derselben nur durch Deutschland bezogen werden kann und soll. Und zu dieser Erkenntnis wurde ich nicht durch den Zufall geführt, sondern durch die wuchtigen Lehren der geographischen und geschichtlichen Tatsachen.

Von diesem Gesichtspunkte aus mußten wir es als ein wahres Glück begrüßen, daß unser „Bundesgenosse“ im italienischen Stiefel durch seinen Raubzug nach Tripolis die orientalischen Dinge in Bewegung gebracht hat. — Ich kenne die bei Beginn des Krieges meinen Standpunkt durch folgende Sätze: Der Staatsmann, der Deutschlands Zukunft nicht preisgeben will, darf sich keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß wir in dem durch Italien vom Raume gebrochenen Kriege nur auf der Seite der Türken stehen können. Die Türkei wird uns dafür auch in Zukunft ein treuer Bundesgenosse sein. Und da sie aus sich heraus und ohne die Unterstützung eines wirtschaftlich und kulturell hochstehenden Volkes sich nicht zu entwickeln vermag, so wird sie auch sich uns dadurch dankbar erweisen, daß sie uns die we-

festgehenden Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete innerhalb ihrer Reichsgrenzen macht. Und mehr verlangen wir nicht; politisch wollen und müssen wir hingegen die Türkei als unabhängige, durchaus selbständige Macht stützen und nicht nur Italien, sondern auch den Balkanstaaten und Rußland gegenüber schützen. Wirtschaftlich aber müssen wir uns den ganzen näheren Orient durch Kolonisierung anschließen.

Das ist eine Wahrheit, die die großen Männer Deutschlands schon vor zwei Menschenaltern vertreten haben. „Die Uferländer der Donau rechts und links von Preßburg bis zu ihrer Mündung“, sagt Fr. List, „die nördlichen Provinzen der Türkei und die westlichen Ufer des Schwarzen Meeres bieten dem deutschen Auswanderer eine Masse unbenußter und fruchtbarer Ländereien. In jenen Gebieten winkt dem deutschen Volke eine Zukunft, die es sich nicht verderben darf, denn jede Nation, die in unseren Tagen nicht wächst, muß untergehen, weil alle anderen Völker von Tag zu Tag wachsen, weil sich folglich die beste Gewähr der Selbständigkeit, die eigene Kraft, bei der stehendenbleibenden Nation anderen Nationen gegenüber von Tag zu Tag vermindert. Deutschland kann noch bedeutend wachsen durch seine innere und äußere Entwicklung, vorzüglich aber kann es wachsen durch zweckmäßige Benutzung seiner zeitweiligen Ueberbevölkerung. Warum aber zu diesem Zwecke noch überseeischen Ländern sich umsehen, wenn zunächst an unserer südöstlichen Grenze unermessliche Landstrecken liegen, wohnin wir den Ueberfluß unserer Bevölkerung auf einem unserer eigenen Ströme, der fast die ganze Breite von Deutschland hindurch schiffbar ist, mit Leichtfertigkeit befördern und mit welchen wir vermittels dieses Stromes in einen vorteilhaften Handelsverkehr treten können.“

In diesen markigen Sätzen sind das Ergebnis und die Lehren eines Jahrtausende alten Abschnittes deutscher Geschichte zusammengefaßt: des deutschen Volkes Entwicklungsmöglichkeit. Seine Kolonien liegen im Osten und

Südosten, auf dem Festlande; sie bilden nur die Fortsetzung jenes Koloniallandes, das in dem vergangenen Jahrtausend besiedelt und germanisiert worden ist. Ohne dieses auf dem europäischen Festlande einzigartig bestehende Kolonialland gäbe es heute kein Wien, kein Graz, Brünn, Breslau, Dresden und Berlin und umgekehrt werden diese Städte ihren deutschen Charakter verlieren, so wie ihn Prag, Pien und Laibach schon verloren haben, wenn nicht die deutsche Siedelungspolitik im Osten wieder tatkräftig einzieht. Denn ein einfaches Beharren gibt es hier nicht. Entweder wir schreiten vorwärts oder wir lassen uns zurückdrängen. Wir sinken tiefer und tiefer und werden schließlich ausgewischt aus der Reihe der großen Völker.

Gerade in der Gegenwart werden schälimme Befürchtungen laut über die Gefahr, die unserem Volke der deutlich bemerkbare Geburtenrückgang bringt. Welche andere Mittel gäbe es zur Abwehr dieser Gefahr, als eine tatkräftige deutsche Völkermigration im Südosten?

Das ist aber nur die eine, allerdings die mehr ins Auge springende, weil materielle Seite. Die andere Seite ist ideeller Art.

Es ist schon so oft und mit Recht bitter darüber geklagt worden, daß heute noch ebenso, wie in alten Zeiten, beim geringsten Anlaß die Degen aus der Scheide fahren und die Kulturvölker wie Wilde auf einander losstürzen. So tieftraurig und bedauerlich dieser Zustand nun auch ist, so wenig ist doch an eine Besserung zu denken, wenn nicht ein grundsätzlicher Wandel in den politischen Anschauungen und der Gesinnung der Völker herbeigeführt wird. Und richten wir in dieser Beziehung unseren Blick zunächst auf Mitteleuropa — ein Gebiet, das sich ungefähr mit dem deutschen Kulturgebiet deckt — so erkennen wir es als erste und wichtigste Aufgabe, die vorhandene kulturelle Einheit zu einer vernünftigen politischen Einheit auszugestalten. (Schluß folgt.)